

BLICKPUNKT

● **BZÖ gegen Verlängerung.** Das BZÖ sprach sich gestern „gegen die Verlängerung der Amnestie“ für die illegal arbeitenden Pflegekräfte aus. Stattdessen sollten endlich Anreize für eine leistbare Pflege geschaffen werden.

Einwallner rügt Kdolsky

Schwarzach (VN) SPÖ-Bundesrat Reinhold Einwallner nannte den Nichtraucherschutz-Entwurf von Ministerin Kdolsky gestern „gar nicht zufriedenstellend“. Er hätte sich mehr erwartet: „Dieser Entwurf beinhaltet nicht einmal die Mindestvorgaben, die im Zuge der Regierungsverhandlungen vereinbart worden sind.“



FPÖ-Nationalrat Themessl.

Kaufkraft „ist zu stärken“

Schwarzach (VN) „Die Kaufkraft ist nicht mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen“, mahnte gestern FPÖ-Nationalrat Bernhard Themessl: „Und das ist eine Ursache unbefriedigender Wirtschaftsdaten.“ Themessl zufolge würde eine Kaufkraftstärkung das Wirtschaftswachstum automatisch um mindestens 0,5 Prozent ankurbeln. Eine Stärkung der KMU und des Mittelstandes müsse Ziel bleiben.

Möglichkeiten für Frauen

Bregenz (VN) Nach über sieben Jahren kümmere sich die Politik wieder um die Anliegen der Frauen, freute sich gestern SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher. So hätten Frauen durch die Flexibilisierung des Kindergeldes nun die Möglichkeit, aus verschiedenen Bezugsvarianten zu wählen, „ohne von Klagen oder Rückforderungen bedroht zu werden.“



Vorarlbergs Freiheitliche mit schwerer Kritik am ORF

Schwarzach (VN-ad) Harsche Kritik an der „derzeitigen Berichterstattung des ORF“ übten gestern Fritz Amann und Dieter Egger, Klubobmann und Landeschef der Ländle-Freiheitlichen. „Der Königberg macht in der laufenden Asyldebatte mit einer einseitigen Medienkampagne Stimmung gegen den österreichischen Rechtsstaat“, wettete Amann. Mit dem öffentlich-rechtlichen Informationsauftrag habe das wenig zu tun: „Beim ORF ist man sich auch nicht zu schade, immer neue, konstruierte und aus dem Zusammenhang gerissene Abschiebefälle der Öffentlichkeit zu präsentieren.“ Ergo sei diese „Art der Informationspolitik keinen Cent wert und bestätigt damit einmal mehr unsere Forderung nach einer Abschaffung der ORF-Gebühren.“ Auch er habe sich gestern maßlos über die Berichterstattung des Königbergs geäußert, sagte Egger: „Der ORF hat die Grenzen der Seriosität mit dem Fall eines sechs Monate alten Babys, das nach Afrika abgeschoben werden soll, durchbrochen.“ Scheinbar konstruierte der ORF abstruse Fälle, um schlussendlich einem generellen Bleiberecht zum Durchbruch zu verhelfen: „Das lehnen wir ab.“



Freiheitlichen-Klubchef Fritz Amann. (Foto: VN/Hartinger)

Landesbudget 2008: Mehr Geld für Betreuung, Pflege

Schwarzach (VN) Budget, Mindestsicherung, 24-Stunden-Pflege und Familienzuschuss prägen laut VP-Klubobmann Rainer Gögele die Herbstklausur des ÖVP-Landtagsklubs heute und morgen in Bartholomäberg. Die gute Konjunktur wirke sich auf das Landesbudget positiv aus: „Dadurch fließen zusätzliche Ertragsanteile ins Land und die Erstellung des Budgetentwurfs konnte stressfreier als in den vergangenen Jahren erfolgen.“ Folglich werde auch die zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets „nötige Rücklagenentnahme deutlich geringer als im Vorjahr“ ausfallen. Geprägt werde das Budget 2008 erneut durch die Bereiche Gesundheit, Soziales, Bildung – dort gebe es auch zum Teil kräftige Erhöhungen. „Große Steigerungen sind insbesondere in den Bereichen Kinder- und Schülerbetreuung, Pflege, Sozialfonds und Berufsschulen vorgesehen.“ Starke Impulse werde es aber auch in den Bereichen Tourismus, ÖPNV und Energie geben.

Landesbudget 2008: Mehr Geld für Betreuung, Pflege

Schwarzach (VN) Budget, Mindestsicherung, 24-Stunden-Pflege und Familienzuschuss prägen laut VP-Klubobmann Rainer Gögele die Herbstklausur des ÖVP-Landtagsklubs heute und morgen in Bartholomäberg. Die gute Konjunktur wirke sich auf das Landesbudget positiv aus: „Dadurch fließen zusätzliche Ertragsanteile ins Land und die Erstellung des Budgetentwurfs konnte stressfreier als in den vergangenen Jahren erfolgen.“ Folglich werde auch die zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets „nötige Rücklagenentnahme deutlich geringer als im Vorjahr“ ausfallen. Geprägt werde das Budget 2008 erneut durch die Bereiche Gesundheit, Soziales, Bildung – dort gebe es auch zum Teil kräftige Erhöhungen. „Große Steigerungen sind insbesondere in den Bereichen Kinder- und Schülerbetreuung, Pflege, Sozialfonds und Berufsschulen vorgesehen.“ Starke Impulse werde es aber auch in den Bereichen Tourismus, ÖPNV und Energie geben.

Maronizeit Leckere Maroni lässt sich die vierjährige Mirella aus Hohenems schmecken. (Foto: VN/Hofmeister)



„Nicht so krass wie befürchtet“

■ Hauskrankenpflege und Mohis beschwichtigen: „Es droht kein Betreuungs-Notstand.“

MICHAEL BENVENUTI
michael.benvenuti@vn.vol.at, ☎ 72/501-653

Schwarzach (VN) Wenn nicht bald eine brauchbare, legale und leistbare Lösung für die 24-Stunden-Betreuung zu Hause gefunden werde, drohe Vorarlberg ein Betreuungs-Notstand, hatte Vorarlbergs Seniorenbund-Obmann Gottfried Feursteinjüngst gewarnt. Und auch Landesrätin Greti Schmid forderte Sozialminister Erwin Buchinger auf, bis Ende der Amnestieregelung für illegal in Österreich tätige ausländische Pflegekräfte eine nachvollziehbare, für die Betroffenen verständliche Regelung zu finden: „Sonst wird es schwierig.“

Nicht so dramatisch

Nicht ganz so dramatisch sieht hingegen Willi Hagleitner, Mitbegründer und Vor-

stand der Mobilien Hilfsdienste (Mohi), die Lage. Zwar könnten im neuen Jahr Schwierigkeiten drohen und es sei deshalb auch notwendig, auf Probleme bei der 24-Stunden-Betreu-

„Einen Betreuungs-Notstand auszurufen, halte ich schon für übertrieben.“



Willi Hagleitner
MOBILE HILFSDIENSTE

„ung aufmerksam zu machen, „einen Betreuungs-Notstand auszurufen, halte ich aber für übertrieben“, sagte Hagleitner im „VN“-Gespräch.

Sollten die rund 400 Ostheilerinnen im Land ab Jänner 2008 tatsächlich nicht mehr zur Verfügung stehen, könnte der neu geschaffene Betreuungspool teilweise Abhilfe schaffen, glaubt Hagleitner. Gleichzeitig brauche es ein Umdenken bei den Betroffenen und deren Angehörigen: „Es muss nicht zwingend eine Rund-um-die-

Uhr-Betreuung von einer Person sein. Das kann auch auf mehrere Diensten aufgeteilt werden“, empfiehlt Hagleitner.

Auch Franz Fischer, Obmann des Landesverbandes Hauskrankenpflege, hält einen Betreuungs-Notstand für unwahrscheinlich: „So krass wie befürchtet, wird es sicher nicht.“ Selbst wenn es keine „einfache, unbürokratische Lösung“ für die Pflegekräfte aus dem Ausland gebe: „Sie werden sicher nicht abrupt und alle auf einmal gehen.“ Die Vermittlungsfirmen, ist Fischer überzeugt, würden bereits an einer Lösung arbeiten: „Schließlich verdienen sie bei uns gutes Geld.“

Sader kritisiert Schmid

Während Fischer und Hagleitner wie auch Feurstein und Schmid in der Betreuungsdebatte Minister Buchinger als Hauptschuldigen sehen, nimmt SPÖ-Landeschefin Elke Sader ihrerseits Landesrätin Greti Schmid ins Visier: „Die Schuld für das eigene Versagen nur in Wien zu suchen, ist

zwar bequem, hilft aber den Betroffenen nicht weiter.“

Die Schwächen im Vorarlberger Betreuungs- und Pflegegesetz, kritisiert Sader, seien großteils hausgemacht und schon lange bekannt: „Das Hausaufgabenheft von Schmid wird täglich dicker: 24-Stunden-Versorgung in Pflegeheimen, mehr Personal bei den stationären Einrichtungen, konkrete Hilfestellung für pflegende Angehörige und leistbare ambulante und teilstationäre Angebote.“

Um der Landesrätin „auf die Sprünge zu helfen“, fordert die Chefin der Sozialdemokraten in einem ersten Schritt ein zukunftsfähiges Konzept mit einer Mittelfristplanung für die kommenden zehn Jahre. „Schwerpunkte sollten die bessere Unterstützung pflegender Angehöriger, eine Neupositionierung der stationären Pflege und Anforderungen an zukünftige Pflegebedürfnisse sein“, erklärte Sader.

mehrwissen.vol.at
• Pflegemisere. SPÖ-Landeschefin Elke Sader kritisiert Landesrätin Greti Schmid.

VN-Gast: Staatssekretärin Christine Marek (ÖVP) über Lehre, Blum-Bonus und Image

„Zusätzlichkeit bleibt ein Muss“

■ Jugendliche dürfen nicht „auf Kosten der älteren Arbeitnehmer“ ausgebildet werden.

ERNEST F. ENZELBERGER
ernest.enzelsberger@vn.vol.at, ☎ 72/501-219

Schwarzach (VN) „Die Aufnahme der Bedingung der Einstellung von zusätzlichen Lehrlingen bei der Neuregelung der Lehrstellenförderung ist ein absolutes Muss.“ Das betonte gestern als Gast in der „VN“-Redaktion Staatssekretärin Christine Marek vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Sie ist eine absolute Befürwortung des Blum-Bonus, dessen Erfolg für sie sprächen.

Diese Forderung, die übrigens auch die Position von Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein sei, wurde bereits in die Verhandlungen mit den Sozialpartnern hineinklariert, so Marek.

Wie es in einem kürzlich veröffentlichten Papier der Sozialpartner heißt, sollen die für den Blum-Bonus veranschlagten 100 Mill. Euro sukzessive für eine aktive Arbeitsmarktpolitik herangezogen werden.

Die Aufbringung von weiteren 230 Mill. Euro jährlich ist zwischen Bund und den Sozialpartnern noch zu verhandeln. Für bzw. von erwerbstätigen Personen bis zum 60. Lebensjahr könnten wieder Arbeitslosenversicherungsbeiträge geleistet werden, wird in dem Papier vorgeschlagen. Auch diese Forderung, „dass die Jungen auf Kosten der Älteren ausgebildet werden, ist fatal und daher abzulehnen“, sagte die Staatssekretärin.

Image der Lehre heben

Auch die in dem Papier vorgesehene Möglichkeit, künftig Lehrlinge zu kündigen, habe für sie nicht höchste Priorität,



Christine Marek: „Oft strömen aus reiner Unkenntnis viele Jugendliche in nur ganz wenige Lehrberufe.“ (Foto: VN/Hofmeister)

erklärte Marek. Von wesentlich größerer Bedeutung ist für Marek die Hebung des Images der Lehre bzw. der Lehrlinge und die Vorstellung der in Österreich angebotenen 300 verschiedenen Lehrberufe.

Ein Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist für Marek auch die Berufsmatura.

In diesem Zusammenhang ist für sie wichtig, dass dadurch keine „Zwei-Klassen-Lehrlinge“ entstehen. „Führungskräfte, die den Betrieb von der Pike auf kennen, sind für ein Unternehmen Gold wert“, verweist sie auf Unternehmen, wo dieses Modell bereits in die Praxis umgesetzt wurde.

Sausgruber warnt vor „Gießkannen-Aktion“

Bregenz (VN-mb) Auch Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Manfred Rein übten gestern scharfe Kritik an den Vorschlägen der Bundessozialpartner zur Neuregelung der Lehrlingsausbildung.

„Der Blum-Bonus ist ein erfolgreiches Instrument. Die Tendenzen der SPÖ in Wien, aus einer Schwerpunkt-eine Gießkannen-Aktion zu machen, sind nicht nachvollziehbar. Eine Abkehr vom Blum-Bonus wäre ein

großer Rückschritt“, warnte Sausgruber.

Der Blum-Bonus, verwies Rein auf jüngste Zahlen, habe in Vorarlberg seit der Einführung im Jahr 2005 einen bis dato starken Lehrstellen-Abwärtstrend in einen Zuwachs umgedreht.

mehrwissen.vol.at
• Tag der Lehre. Vorarlberg als Vorreiter in der Lehrlingsausbildung.